



# UMWELT

von Prof. Dr. HERMANN KNOFLACHER

## Nachtrag zum ÖBB Zielnetz 2040

Zu den Präsentationen des ÖBB-Zielnetzes gibt es eine Reihe sachlicher, begründeter Einwände, warum es als Entscheidungsgrundlage für weitere zig-Milliarden Schulden nicht geeignet ist.

Das Ziel ist richtig und schon seit Jahrzehnten dasselbe. Die Wirkung bleibt allerdings aus und der Bau von Strecken geht im wahrsten Sinn des Wortes an diesem Problem vorbei. Denn bekanntlich springen die Güter weder auf noch vom Zug, sondern wurden früher an den Bahnhöfen, wo es dafür Ladegleise gab, auf die Waggons verladen, diese zu Zügen zusammengestellt und zum Zielbahnhof transportiert, wo sich das gleiche wiederholte. Die Sender und Empfänger der Güter lagen damals auch in der Nähe der Bahnhöfe und diese waren dafür auch besetzt und ausgestattet.

Für Massengüter – und davon gibt es immer weniger – ist das auch immer noch sinnvoll. Für die Masse der meisten heutigen Güter liegen aber die Sende- und Empfangspunkte der Waren nicht mehr an der Bahn. Auch wurde die ÖBB durch die Ausgliederung in den ÖVP-FPÖ-Regierungen in eine Konzernstruktur umgebaut, der Kostenfaktor Beschäftigte eingespart und die Bahnhöfe wurden zu Haltestellen reduziert, sodass der Bezug zum Umland nicht mehr so wie früher besteht.

Dafür wird der Lkw-Verkehr massiv subventioniert und die ASFINAG legt ihm auch noch einen „Roten Teppich“ aus, weil sie davon profitiert. Ohne Bahnhöfe gibt es daher auch weniger Schienentransporte bei uns und im Ausland. Ein Lkw-Nachfahrverbot im ganzen Land würde das schnell ändern.

Dass die Zahl der Fahrgäste in den vergangenen Jahren zugenommen hat stimmt. Das hat aber drei Gründe: Erstens haben die Städte begonnen, sich gegen die Zerstörungen durch die Pkw zu wehren und Parkgebühren eingeführt, was das Umsteigen fördert. Zweitens sind die ÖBB im Personenverkehr wieder pünktlich und attraktiver. Drittens gilt immer noch das Lillsche Gesetz, dass wegen der Zeitkonstanz im Verkehrssystem die Erhöhung der Geschwindigkeit zu längeren Wegen führt – und damit steigt auch der Bahnanteil.

Nur kann es wohl nicht Ziel einer rationalen Verkehrspolitik sein, kurze Wege durch lange Wege zu ersetzen. Das macht aber genau das Zielnetz 2040, dessen Verfasser vermutlich diese Wirkungen nicht kennen oder nicht beachten.

Mitarbeiter für Einsätze freizustellen. Investitionen in Organisationen wie Feuerwehren, Bundesheer und Rettung sind bestens angelegtes Geld und garantieren, dass der hohe Standard aufrechterhalten werden kann. MAG. HANS RANKL, ST. PÖLTEN

## „Menschen ‚verrecken‘ und die Welt lässt es zu“

(Chronik, WOCHEN 29/24)

Auch wenn die Angriffe mit ihren schwerwiegenden Folgen absolut zu verurteilen sind, so hat doch jeder Krieg seine Ursachen in der Geschichte der jeweiligen Länder. Das betrifft sowohl den Russland-Angriff auf die Ukraine, als auch Hamas-Israel, und alle anderen. Mit Waffen wird kein einziger Krieg zu lösen sein. Russland – bis zum Ural Teil Europas – ist durch seine Geschichte eng mit der von Europa verbunden. Die EU täte gut daran, sich zu erinnern, was die Gründer der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) bezweckt hatten: nie wieder Krieg. Die EU hat sich zu einer kriegerischen Union entwickelt und sich damit von der Zielsetzung der Gründerväter komplett entfernt. Sie ist damit zu einer Gefahr für die gesamte Bevölkerung Europas geworden. Österreich wiederum sollte sich daran erinnern, dass es durch seine Neutralität vielen Staatenlenkern die Möglichkeit geboten hat, sich auf neutralem Boden zu treffen, miteinander zu reden und damit vielleicht sogar Lösungsansätze für anstehende Probleme zu finden.

MONIKA DELOCH, WIEN

## Erste Sitzung des EU-Parlaments: Teure Präsidentin der Abgeordneten

(Politik, WOCHEN 28/24)

Es ist spannend, zuzusehen, wie sich die politischen Parteien streiten, um einen aus ihren Reihen nach Brüssel zu entsorgen. Normalerweise werden als Delegierte nur Personen, die im eigenen Land unnützlich, ungeeignet und im höchsten Maß entbehrlich sind, zum Brüsseler Futtertrog weggelobt. Es wäre interessant, zu sehen, welche Person sich freiwillig als äußerst entbehrlich einstufen lässt und von der eigenen Partei abgeschoben wird. Das wäre freilich für diese Person ein Gehaltsprung aber auch ein Eingeständnis der eigenen Unfähigkeit. Am Besten wäre es, der gesamten Regierungsmannschaft eine Fahrkarte nach Brüssel zu besorgen.

VIKTOR ROTHSTOCK, GUNTRAMSDORF

## Netze des Todes

(Umwelt, WOCHEN 29/24)

Was hat das Klima unserer Welt mit einer ziemlich weit linken Partei wie den Grünen zu tun? Gar nichts. Das Klima sollte doch allen wichtig sein und darf nicht von einer Kleinpartei mit Herrschaften wie Kogler, Maurer, Schilling und so weiter vereinnahmt werden. Die zahlreichen Unwetter sprechen doch eine deutliche Sprache. Es sollte von den diversen Landesregierungen und Ministerien bis hinauf zum Bundespräsidenten undiskutiert klar sein, dass es laufend ein Teil der Regierungsverantwortung sein muss, auf unsere Umwelt und unsere Natur zu achten. Da darf kleinliches Partei-Hickhack wirklich keinen Platz haben, egal welche Partei gerade am Ruder ist. Und nicht nur bei uns im Land, das muss global so gesehen werden, wenn wir unseren Kindern und Enkelkindern eine halbwegs intakte Welt hinterlassen wollen. WERNER HARDT-STREMYR, ANNENHEIM